

ARBEITSGEMEINSCHAFT MITTELSTAND

WWW.ARBEITSGEMEINSCHAFT-MITTELSTAND.DE

Positionspapier

Strukturwandel in den Braunkohleregionen mittelstandsgerecht gestalten

20. November 2018



I. Einführung und Hintergrund

Die von der Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz des Klimas auf nationaler und europäischer Ebene sowie im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens machen den Wandel hin zu einer weitgehend treibhausgasneutralen Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts notwendig. Dementsprechend sieht der aktuelle Koalitionsvertrag die Einrichtung einer „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vor, die bis zum Jahresende 2018 ein Aktionsprogramm für den Strukturwandel in den Braunkohleregionen erarbeiten soll, um angesichts des geplanten Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung Wachstum und Beschäftigung nachhaltig zu sichern.

II. Betroffenheit des Mittelstands

In den vier betroffenen Braunkohleregionen (Lausitzer Revier, Mitteldeutsches Revier, Helmstedter Revier, Rheinisches Revier) haben nach Schätzungen der AG Mittelstand mehr als 230.000 mittelständische Unternehmen ihren Sitz, in denen ca. 1,3 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig sind – darunter viele Auszubildende.¹ Vom Strukturwandel in den Braunkohleregionen sind nicht allein die Tagebaue und die braunkohlebasierte energieerzeugende und chemische Industrie betroffen. Für viele mittelständische Betriebe in den betroffenen Regionen sind Aufträge der Braunkohleindustrie und der von ihr beschäftigten Menschen eine wichtige Geschäftsgrundlage. Gelingt eine nachhaltig erfolgreiche Gestaltung des Strukturwandels nicht, droht – zusätzlich zum Verlust der Braunkohleindustrie und ihrer unmittelbaren Zulieferer – ein Kaufkraftverlust, durch den die gesamte regionale Wirtschaft Schaden nehmen könnte. Deswegen braucht es zukunftsfähige Beschäftigungsperspektiven und „gute Jobs“ in den Braunkohleregionen. Auch vor dem Hintergrund der hohen Zahl anstehender Unternehmensnachfolgen sind diese Perspektiven wichtig. Ohne sie wird es nur sehr schwer gelingen, potenzielle Nachfolger von den Erfolgsaussichten einer Übernahme zu überzeugen.

III. Forderungen des Mittelstands

Die Politik ist gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren erfolgreich zu bewälti-

¹ Quelle: Regionaldatenbank der Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Schätzungen der AG Mittelstand

gen. Dabei sind nach Auffassung des Mittelstands folgende Kernpunkte zu berücksichtigen:

- *Strukturwandel unverzüglich anstoßen und neue Perspektiven eröffnen*

Absehbar ist das Ende des Braunkohlebergbaus und der Kohleverstromung in den kommenden 20 bis 25 Jahren. Zur Entwicklung neuer wirtschaftlicher Perspektiven für die Menschen in den Braunkohleregionen steht also nur ein überschaubarer Zeitraum zur Verfügung. Gerade jungen Menschen müssen deshalb jetzt Perspektiven für ihre Zukunft aufgezeigt werden, damit sie nicht in andere Regionen abwandern. Attraktive und verlässliche Geschäftsperspektiven brauchen insbesondere auch potenzielle Nachfolger an den Spitzen der regionalen mittelständischen Wirtschaft sowie Unternehmen, die eine Expansion oder Neuansiedlung planen – andernfalls werden diese sich in anderen Regionen engagieren.

- *Zukunftsfähige Infrastrukturen schaffen*

Wichtig und richtig ist die von der Strukturkommission ins Spiel gebrachte Priorisierung und damit Beschleunigung von Infrastrukturprojekten in den Braunkohlerevieren. Gerade in den strukturschwachen ostdeutschen Revieren müssen aber zusätzliche Mittel für den Infrastrukturausbau bereitgestellt werden. Zusätzlich sind Bund und Länder gefordert, Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Andernfalls steht zu befürchten, dass mit dem Ende des Braunkohlebergbaus bei vielen Projekten noch nicht einmal mit der Umsetzung begonnen wurde. In diesem Kontext sollte auch geprüft werden, ob die Einrichtung von sog. „Vorreiterregionen“ mit flexibleren regulatorischen Rahmenbedingungen rechtlich umsetzbar und sinnvoll sein kann. Gerade auch im Hinblick auf die Versorgung mit latenzarmem Breitbandausbau können und sollten die betroffenen Regionen eine modellhafte Vorreiterfunktion einnehmen.

- *Förderinstrumente für den Mittelstand öffnen*

Für eine langfristig tragfähige Wirtschaftsstruktur reichen die Förderung und Ansiedlung von Industriearbeitsplätzen nicht aus. Für Fachkräfte attraktive Regionen zeichnen sich immer durch einen breiten Mix an großen und kleinen Unternehmen aller Branchen aus. Daher muss das von der Kommission erarbeitete Förderinstrumentarium die Belange kleiner

und mittlerer Unternehmen berücksichtigen. Ein erster wichtiger Schritt wäre hierbei die Ausweitung der GRW-Förderung auf alle Unternehmen, auch solche mit einem regionalen Fokus. Auch Unternehmensnachfolgen sollten stärker unterstützt werden, um sicherzustellen, dass die regionalen Wirtschaftsstrukturen erhalten bleiben. Zusätzlich müssen weitere Förderinstrumente geschaffen oder adaptiert werden, um die Wirtschaft in den Braunkohlerevieren zukunftsfest zu machen.

- *Bezahlbare Energieversorgung sichern*

Der Braunkohleabbau leistet aktuell einen wichtigen Beitrag zur sicheren, grundlastfähigen und noch immer kostengünstigen Versorgung mit Strom und Wärme. Auch nach der Abwicklung der Braunkohlekraftwerke muss sichergestellt sein, dass die Energieversorgung in Zukunft für alle Unternehmen und Verbraucher sicher und bezahlbar bleibt. Angesichts dessen ist eine grundlegende Neujustierung des Energiewendekonzepts unverzichtbar.

Weiterführende Informationen: www.arbeitsgemeinschaft-mittelstand.de
Ansprechpartner bei den Verbänden:

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)

André Schwarz
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Tel.: 030/5 90 09 95 20
Internet: www.bga.de

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)

Melanie Schmergal
Schellingstraße 4
10785 Berlin
Tel.: 030/20 21 13 20
Internet: www.bvr.de

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband)

Stefanie Heckel
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Tel.: 030/72 62 52 32
Internet: www.dehoga.de

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)

Thomas Renner
Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: 030/20 30 81 607
Internet: www.dihk.de

Deutscher Raiffeisenverband e. V. (DRV)

Wiebke Schwarze
Pariser Platz 3
10117 Berlin
Tel.: 030/85 62 14 430
Internet: www.raiffeisen.de

Deutscher Sparkassen- und Giroverband (DSGV)

Michaela Roth
Charlottenstraße 47
10117 Berlin
Tel.: 030/20 22 51 15
Internet: www.dsgv.de

Handelsverband Deutschland – Der Einzelhandel (HDE)

Kai Falk
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Tel.: 030/72 62 50 60
Internet: www.hde.de

Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)

Beate Preuschoff
Mohrenstraße 20/21
10117 Berlin
Tel.: 030/2 06 19 370
Internet: www.zdh.de

DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV

Juliane Ibold
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Tel.: 030/59 00 99 661
Internet: www.mittelstandsverbund.de